

**APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH (APM) im Auftrag des
Landkreises Potsdam-Mittelmark**

Kapitel 05

**Ausschreibung der
Verwertung von Papier, Pappe, Kartonagen (PPK) aus dem
Gebiet des Landkreises Potsdam-Mittelmark**

Formulare als Anhänge zum Angebotsschreiben

Übersicht Formulare

F 1	Bietergemeinschaftserklärung
F 2	Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Fähigkeiten (Mittel / Kapazitäten) anderer Unternehmen, ggf. auch als Unterauftragnehmer, bedient
F 3	Angaben zu den weiteren Unterauftragnehmern
F 4	Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie die Umsätze betreffend die Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, jeweils der letzten drei Jahre
F 5	Referenzangaben des Bieters für eine nach Art und Menge vergleichbare Leistung (Umladung, Übernahme und Transport von PPK im kommunalen Auftrag)
F 6	Erklärung über die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für die Umladung und / oder den Transport
F 7	Eigenerklärung über eine Betriebshaftpflichtversicherung
F 8	Eigenerklärung über das Nichtvorliegen zwingender Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB
F 9	Eigenerklärung über das Nichtvorliegen fakultativer Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB, nach AEntG und nach MiLoG
F 10	Angaben zum Entsorgungskonzept (Vorgesehene Entsorgungsanlage(n) und weitere Angaben zur Leistungserbringung)
F 11	Verpflichtungserklärung verbundener Unternehmen und Unterauftragnehmer (Eignungsleihe)
F 12 a-c	<p>F12a Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes unter Geltung des Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVerG) – Ergänzende Vergabebedingung – Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz</p> <p>F12b Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz</p> <p>F12c Vereinbarung zwischen dem Bieter / Auftragnehmer und dem Nachunternehmer / Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz</p>
F 13	Eigenerklärung zu den Verbotstatbeständen nach Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung (EU) 2025/932 des Rates vom 20.05.2025

Formular 1

Bietergemeinschaftserklärung

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen einer Bietergemeinschaft,

geschäftsführendes Mitglied

Mitglied 1	
Mitglied 2	
Mitglied 3	
Mitglied 4	

beschließen, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären, dass

1. das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied die Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
2. das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
3. alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.
4. Wir versichern, dass wir im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

Formular 2

Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen,

für die sich der Bieter der Fähigkeiten (Mittel / Kapazitäten) anderer Unternehmen, ggf. auch als **Unterauftragnehmer**, bedient

einschließlich **Name Unterauftragnehmer**

Sortierung / Verwertung

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft

Ergänzung des Angebotsschreibens

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich

- Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n) und
- die von mir mit **Leistungen der Sortierung / Verwertung** beauftragten Unterauftragnehmer.

Auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/wir

- die weiteren Unternehmen benennen, deren Fähigkeiten ich mich / wir uns im Auftragsfall bedienen werde(n), und
- die Verpflichtungserklärung(en) nach **Formular 11** dazu vorlegen, dass mir / uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen mir/uns und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

Leistungsbereich Benennung der zu erbringenden Leistungen	Ggf. nähere Beschreibung der Teilleistungen
Leistungsbereich	Benennung Unterauftragnehmer Sortierung/ Verwertung: Namen, Adresse und Verwertungsmengen/ Anteil an Gesamtmenge (falls mehrere Anlagen)

Ort, Datum	Name des Unterzeichners beim Bieter

Formular 3

Angaben zu den weiteren Unterauftragnehmern

(auf Anforderung vorzulegen)

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft

Nachunternehmer (Firmenname, Sitz)	Bezeichnung der (Teil-) Leistung

Ort, Datum	Name des Unterzeichners beim Bieter

Formular 4

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz

sowie die Umsätze betreffend die Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung **vergleichbar** sind, jeweils der letzten drei Kalender- oder Geschäftsjahre

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

Vom Bieter oder Unterauftragnehmer jeweils für die von ihnen zu erbringenden Leistungen auszufüllen.

	2022	2023	2024
Umsatz des Unternehmens insgesamt (in €)			
Umsatz des Unternehmens mit vergleichbaren Leistungen (in €)			

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Formular 5

Referenzangaben für eine nach Art und Menge vergleichbare Leistung (Umladung, Übernahme und Transport von PPK im kommunalen Auftrag)

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

* Werden davon Leistungen durch Unterauftragnehmer erbracht, für die dem Bieter Referenzen fehlen (Eignungsleihe) fordert der Auftraggeber vgl. Referenzen über die Leistungen der Unterauftragnehmer an.

Ich / wir benenne(n) die folgende(n) unternehmensbezogene(n) Referenz(en) aus den letzten 3 Jahren, die nach Art und Umfang mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Pro Leistung jeweils **mindestens** eine Referenz **über ein Jahr**):

Referenz Nr. 1

Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung (von/bis)	
Bezeichnung des Auftraggebers und ggf. der Anschrift	
Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber	
Telefonnummer und ggf. E-Mail-Adresse des Ansprechpartners	

Referenz Nr. 2

Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung (von/bis)	
Bezeichnung des Auftraggebers und ggf. der Anschrift	
Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber	
Telefonnummer und ggf. E-Mail-Adresse des Ansprechpartners	

Referenz Nr. 3

Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung (von/bis)	
Bezeichnung des Auftraggebers und ggf. der Anschrift	
Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber	
Telefonnummer und ggf. E-Mail-Adresse des Ansprechpartners	

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Sollten die im Vordruck vorgesehenen Felder für Ihre Angaben nicht genügend Platz bieten, kann die Liste auf einem **gesonderten Dokument** mit gleichlautenden Angaben vervollständigt werden.

Dann bitte mit möglichst des Namens des Unternehmens versehen bzw. Erklärung auf Kopfbogen. Das Dokument ist dann mit dem Namen des Unterzeichners zu versehen und bei Erklärungen von Unterauftragnehmern im Original zu unterschreiben (und dann als Scan oder Foto hochzuladen).

Die Referenzangaben müssen nachprüfbar sein.

(Ggf. dieses Formular für Erklärungen Bieter einerseits und Unterauftragnehmer andererseits **vervielfältigen**.)

Formular 6

Erklärung über die **Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb** für die **Umladung**
und / oder den **Transport**

Name des Unternehmens

je nachdem, ob der **Bieter** oder der **Unterauftragnehmer** jeweils Leistungen des Transports oder der Umladung erbringen

Zutreffendes bitte ankreuzen

- A. Unser **Unternehmen** ist
- als Bieter
 - als Unterauftragnehmer

zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

Das Zertifikat umfasst die für seinen vorgesehenen Leistungsbereich erforderlichen Tätigkeiten und Abfallarten wie folgt:

Eine Zertifizierung wird für die Tätigkeiten des Transports von Altpapier (PPK) und des Betriebs einer Umladestation spätestens bis zum Leistungsbeginn verlangt.

Ein evtl. bereits vorliegendes Zertifikat kann als Scan eingereicht werden.

- B. Unser Unternehmen ist
- als Bieter
 - als Unterauftragnehmer

noch nicht zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

Wir verpflichten uns aber, bis zum Leistungsbeginn über eine entsprechende Zertifizierung zu verfügen.

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Formular 7

Eigenerklärung über eine **Betriebshaftpflichtversicherung**

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

Ich/wir sicher(n) hiermit für das o.g. Unternehmen zu, im Fall der Zuschlagserteilung spätestens zum Leistungsbeginn über eine Betriebshaftpflichtversicherung nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen zu verfügen.

Die Versicherungssummen dieser Versicherung betragen:

- mind. **1,5 Mio. €** für Personen-/Sachschäden und
- mind. **500 T €** für Vermögensschäden.

Die genannten Mindestversicherungssummen müssen mindestens für zwei Schadensfälle pro Jahr (also 2-fach maximiert) zur Verfügung stehen.

Die Versicherung werden wir dem Auftraggeber 14 Tage vor Leistungsbeginn nachweisen.

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Formular 8

Eigenerklärung über das **Nichtvorliegen zwingender Ausschlussgründe** nach
§ 123 Abs. 1 bis 4 GWB

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

Wir versichern, dass

- wir oder eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB unserem Unternehmen zuzurechnen ist, weder **rechtskräftig verurteilt** worden sind noch gegen uns eine **Geldbuße** nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen:
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Vorschriften anderer Staaten. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- wir unserer Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen sind.

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Formular 9

Eigenerklärung über das **Nichtvorliegen fakultativer Ausschlussgründe** nach § 124 Abs. 1 GWB, nach A-EntG und nach MiLoG

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

Wir versichern, dass:

1. wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben,
2. wir nicht zahlungsunfähig sind, über das Vermögen unseres Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und wir uns nicht im Verfahren der Liquidation befinden oder unsere Tätigkeit eingestellt haben,
3. wir oder eine Person, deren Verhalten uns gem. § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die die Integrität unseres Unternehmens in Frage gestellt wird,
4. wir keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung nicht daraus resultiert, dass wir bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen waren, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. wir keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. wir in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten haben und stets die erforderlichen Nachweise übermitteln können,

9. wir nicht versucht haben, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
10. wir nicht versucht haben, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnten,
11. wir weder fahrlässig noch vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt haben oder versucht haben zu übermitteln, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten.

Wir versichern außerdem, dass:

- a) keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, in den letzten drei Jahren wegen eines Verstoßes gegen § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsende-Gesetz – AEntG) mit einer Geldbuße von mindestens 2.500,00 € belegt worden ist, und in diesem Zeitraum auch keine entsprechende schwerwiegende Verfehlung nach § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 AEntG begangen hat.
- b) keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, in den letzten drei Jahren wegen eines Verstoßes gegen § 21 Abs. 1 i.V.m. § 20 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) mit einer Geldbuße von mindestens 2.500,00 € belegt worden ist, und in diesem Zeitraum auch keine entsprechende schwerwiegende Verfehlung gegen § 21 Abs. 1 und 2 MiLoG begangen hat.

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift (falls anderes Unternehmen als Bieter, dann jeweils möglichst auch Namen des Unternehmens)

Formular F10

Angaben zum Entsorgungskonzept

(vorgesehene **Entsorgungsanlage(n)** und **weitere Angaben** zur Leistungserbringung)

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft

Verwertungsanlage

Name	
Lage / Standort	
Name Betreiber	
Jahreskapazität / Jahresdurchsatz (Mg/a)	

Sortierung

Vorsicht: Hier werden u.U. auch Angaben zu Zuschlagskriterien gemacht, sofern eine höhere als die mindestens geforderte Sortierung angegeben wird (s. **gelbe Hinterlegung**) – sollen diese gewertet werden, müssen Sie mit dem Angebot hochgeladen werden.

Sortierung	
Fabrikat / Hersteller	
Durchsatz (Mg/a)	

Angaben zur Sortiertiefe:

<p>Wir werden im Rahmen der beauftragten Verwertung das Altpapier mindestens in die Fraktionen</p> <ul style="list-style-type: none"> • grafische Papiere • Verpackungspapiere • Sortierreste sortieren 	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
<p>Zusätzlich wird eine Sortierung in die folgende(n) Fraktion/en vorgenommen:</p>	

<p>Einzusetzende Arbeitnehmende und deren Vergütung <u>Vorsicht:</u> Hier werden u.U. Angaben zu Zuschlagskriterien gemacht, sofern eine höhere Vergütung als die nach Brandenburgischem Vergaberecht mindestens zu leistende Vergütung gezahlt wird (s. gelbe Hinterlegung) – sollen diese gewertet werden, müssen Sie mit dem Angebot hochgeladen werden.</p>		
	Anzahl	Vergütung pro Arbeitsstunde (verpflichtende Erklärung bezogen auf Mindestsatz, der an alle Arbeitskräfte der jeweiligen Gruppe gezahlt wird)
<p>Als Fahrer der Transportfahr- zeuge eingesetzte gewerbliche Arbeitnehmende</p>		
<p>An der / den Umladestation(en) stationär eingesetzte gewerbliche Arbeitskräfte</p>		
<p><i>Freifeld für weitere die Vergütung von zur Leistungserbringung eingesetzten Arbeitern betreffende Anmerkungen</i></p>		

Angaben zu der Umladestation		
Umladestation	Standort	
	Postanschrift	
	Kapazität	
	Betreiber	
Es liegen alle für den Betrieb der Umladestation erforderlichen behördlichen Genehmigungen vor		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Ort, Datum	Name des Unterzeichners beim Bieter

Formular 11

Verpflichtungserklärung verbundener Unternehmen und Unterauftragnehmer (Eignungsleihe)

Name des Dritten

Unterauftragnehmer / verbundenes Unternehmen

Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen nach § 36 VgV und / oder bei der Eignungsleihe von sonstigen z.B. verbundenen Unternehmen

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftrags-
vergabe an den Bewerber / Bieter folgende Leistungen zu erbringen:

--

Auf Anforderung werden wir zum Beleg, dass für unser Unternehmen keine Ausschluss-
gründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen **entsprechend ausgefüllte Formulare 8 und 9**
vorlegen. Weiterhin sind wir bereit, auf Anforderung auch Eigenerklärungen und ggf.
Nachweise zum Beleg unserer Eignung vorzulegen.

- Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die **wirtschaftliche
und finanzielle Leistungsfähigkeit** meines / unseres Unternehmens in Anspruch
(Eignungsleihe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit). Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns
gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g.
Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

Ort, Datum	Name des Unterzeichners zusätzlich Unterschrift möglichst auch Namen des Unternehmens

Formular 12a

Hinweise auf Ergänzende Vergabebedingung - Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Name des Unternehmens

Bieters / Bietergemeinschaft

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes unter Geltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes (BbgVergG)

Ergänzende Vergabebedingung

Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgerischen Vergabegesetz

Bitte bei der Angebotsabgabe folgende ergänzenden Vertragsbedingungen beachten: Der Bieter hat die Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (**Formular 12 b und 12 c**) vorzulegen.

Bei der Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer oder der Beauftragung eines Verleihers von Arbeitskräften hat der Bieter die Vereinbarung zwischen ihm und einem (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (**Formular 12 c**) zum Vertragsgegenstand zu machen und die Vereinbarungen bis zum tatsächlich ausführenden Unternehmen, und allen ggf. zwischengeschalteten Unternehmen, vorzulegen.

Dem Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften ist dieselbe Verpflichtung aufzuerlegen, wenn er seinerseits in zulässiger Weise Dritte in die Leistungserbringung einschaltet. In den Bezeichnungen zur Kennzeichnung der Beteiligten im **Formular 12 c** rückt der Unterauftragnehmer bei Weitervergabe an Dritte in die Position des im Vordruck so bezeichneten Auftraggebers ein.

Formular 12b

Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft

Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Die nachstehend aufgeführten Erklärungen sind Bestandteil meines / unseres Angebotes:

1. Vergütung der Arbeitsleistung der Beschäftigten

Bestehen keine anderen Mindestentgelt-Regelungen z.B. nach dem Mindestlohngesetz oder dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach bisher zu zahlende Arbeitsentgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde auf Grundlage des **§ 6 Absatz 2** des Brandenburgischen Vergabegesetzes, so wird allen bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages künftig mindestens das nach § 6 Abs. 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes geltende Bruttoentgelt gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschlägen.

Das für den Vertrag geltende Mindestentgelt beträgt

nach § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes **13,00 Euro brutto.**

2. Nachweise (Lohn- und Gehaltszahlungsunterlagen)

Alle Nachweise können in anonymisierter (**§ 3 Brandenburgisches Datenschutzgesetz**) oder pseudonymisierter Form (Artikel 4 Nummer 5 EU-Datenschutz-Grundverordnung) vorgelegt werden. Es muss erkennbar sein, dass sich die Nachweise der Arbeitszeit für den Einsatz im öffentlichen Auftrag und die Entgeltberechnungs- und -zahlungsunterlagen auf dieselbe Person beziehen.

Dienstleistungsverträge:

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns mit mindestens **einer** (Teil-)Rechnung über erbrachte Leistungen während der Vertragslaufzeit Lohn- und Gehaltszahlungsnachweise gem. den o.g. Anforderungen an die dort genannten Unterlagen vorzulegen, wobei der Auftraggeber den Zeitpunkt unter Wahrung der wechselseitigen Interessen bestimmen kann.

3. Stichprobenkontrollen

Dem Auftraggeber wird zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Auszahlungsbelege gegeben. Das Einverständnis meiner / unserer von mir/uns eingesetzten Beschäftigten zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich/ wir einholen. Die Unterlagen können pseudonymisiert sein, wenn deren Zusammengehörigkeit erkennbar ist (z.B. über die Nennung von Personalnummern, denen kein Name zugeordnet ist). Zu Kontrollen darf der Auftraggeber oder eine von dieser beauftragten Person meine / unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines / unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen.

4. Entgeltzahlung an Beschäftigte

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Löhne und Gehälter aller – auch der im Ausland ansässigen – Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen **Büro des Auftraggebers vorzulegen, werktags außer samstags zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr, den Zugang zu meinen/ unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme** in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege zu gestatten und diese oder im Beisein einer auftraggeberseitigen Person gefertigte Kopien auf Verlangen gegen Quittung vorübergehend zu überlassen. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.

5. Nachunternehmer

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung zugunsten einer Kontrolle durch mich / uns und den Auftraggeber mir / uns gegenüber abgibt und gleich lautende Erklärungen evtl. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern vorlegt. Dasselbe gilt sinngemäß für Verleiher von Arbeitskräften.

6. Verstöße, Auftragssperren und Vertragsstrafen

Mir / Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestlohngesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Es ist auch bekannt, dass der Auftraggeber bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltenen vertraglichen Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden kann, aus der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung erhalten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat. Ist ein Nachauftragnehmer mit einer Auftragssperre belegt, werde ich kurzfristig einen anderen Nachauftragnehmer benennen. Der Auftraggeber räumt diese Möglichkeit nur ein, wenn zeitliche Verzögerungen im Vergabeverfahren unschädlich sind.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/ einer von meinem/unserem Unternehmen bei der Leistungserbringung

Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter(n) und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

von Nachunternehmern

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß dem in der Anlage zu dieser Vereinbarung beigefügtem Muster mir / uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem / einer in seinem Unternehmen Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5% der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall. Entsprechende Erklärungen lege ich auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

7. Kündigungsrecht

Ich / wir räume/n dem Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner / unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

Name des Unternehmens (ggf. Firmenstempel) und des Unterzeichners (bei Erklärungen von Unterauftragnehmern zusätzlich Unterschrift im Original)

Formular 12c

Vereinbarung zwischen dem

Bieter / Auftragnehmer und dem Nachunternehmer / Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern

zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Name der Vertragsparteien

1. Vergütung der Arbeitsleistung der Beschäftigten

Bestehen keine anderen Mindestentgelt-Regelungen z.B. nach dem Mindestlohngesetz oder dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach zu zahlende Arbeitsentgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde des **§ 6 Absatz 2** des Brandenburgischen Vergabegesetzes, so wird **allen bei der Ausführung der hier zu vergebenden Leistungen Beschäftigten** für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages mindestens das nach **§ 6 Abs. 2** des Brandenburgischen Vergabegesetzes geltende Bruttoentgelt gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschlägen.

Das derzeit für den Vertrag geltende Mindestentgelt nach § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes beträgt **13,00 Euro brutto**.

2. Entgeltnachweise und Stichprobenkontrollen

Soweit meine/ unsere Leistungen betroffen sind, werden wir / werde ich meinen / unseren Vertragspartner bei der Erfüllung der Vorlagepflicht von anonymisierten (§ 3 Brandenburgisches Datenschutzgesetz) oder pseudonymisierten (Artikel 4 Nr. 5 EU-Datenschutz-Grundverordnung) Lohn- und Gehaltsabrechnungen in Verbindung mit einer Rechnung über die Leistung unterstützen. Die Zusammengehörigkeit der Belege zur selben Person muss erkennbar sein.

Variante 1:

Ich / Wir (Auftragnehmer / Bieter) verpflichte(n) mich / uns gegenüber

(dem Auftraggeber)

Variante 2:

Ich / Wir (Nachunternehmer / Verleiher) verpflichte(n) mich / uns gegenüber

(dem Auftragnehmer)

mit Wirkung zugunsten _____ (Auftraggeber im
Vergabeverfahren),

Variante 3:

Ich / Wir (Nachunternehmer des Nachunternehmers) verpflichte(n) mich / uns
gegenüber

(dem Nachunternehmer)

mit Wirkung zugunsten _____ (Auftraggeber im
Vergabeverfahren),

dem eigenen Auftraggeber und dem öffentlichen Auftraggeber der Vergabe zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen zu geben. Das Einverständnis meiner / unserer von mir / uns eingesetzten Arbeitnehmer zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich / wir einholen. Die Unterlagen können pseudonymisiert sein, wenn deren Zusammengehörigkeit erkennbar ist. Zu Kontrollen darf der eigene Auftraggeber und der öffentliche Auftraggeber oder eine von dieser beauftragten Person meine / unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/ unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen.

3. Entgeltzahlung an Beschäftigte

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Löhne und Gehälter aller - auch der im Ausland ansässigen - Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch des Auftraggebers oder des öffentlichen Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers oder öffentlichen Auftraggebers vorzulegen, werktags außer samstags zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr den Zugang zu meinen/ unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege zu gestatten und diese oder im Beisein einer auftraggeberseitigen Person gefertigte Kopien auf Verlangen gegen Quittung zu überlassen. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.

4. Weitere Nachunternehmer und Verleiher (soweit zulässig)

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, weitere Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung mir/ uns gegenüber abgibt und gleich lautende Erklärungen evtl. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern vorlegt. Dasselbe gilt sinngemäß für Verleiher von Arbeitskräften.

5. Verstöße, Auftragsperren und Vertragsstrafen

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/ einer von meinem/ unseren Unternehmen bei der Leistungserbringung Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den öffentlichen Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter(n) und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 dieser Vereinbarung erwirbt

(öffentlicher Auftraggeber)

unmittelbar das Recht, die verwirkte Vertragsstrafe von mir/ uns zu fordern.

Verstöße von weiteren Nachunternehmern und Verleihern

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß dem gleichlautenden zwischen ihm und meinem Unternehmen geltenden Vereinbarungstext mir / uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer in seinem Unternehmen Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter(n) und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall. Entsprechende Erklärungen lege ich auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

6. Kündigungsrecht

Ich/ wir räume/n dem eigenen Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/ unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

<p>(Ort, Datum, Namen und Unterschrift des als Auftraggeber dieser Vereinbarung auftretenden Unternehmens)</p> <p>(z.B. Bieter / Auftragnehmer,</p> <p>falls der Unterauftragnehmer in zulässiger Weise weitere „Unterunterauftragnehmer“ einsetzt: Unterauftragnehmer)</p>	<p>(Ort, Datum, Namen und Unterschrift des als Auftragnehmer dieser Vereinbarung auftretenden Unternehmens)</p> <p>(z.B. Unterauftragnehmer, Verleiher,</p> <p>ggf. „Unterunterauftragnehmer“)</p>

Formular 13

Eigenerklärung zu den Verbotstatbeständen nach Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014¹

Name des Unternehmens

Bieter / Bietergemeinschaft bzw. Unterauftragnehmer

Nachfolgende Erklärung soll mit dem Angebot abgegeben werden. Der Auftraggeber behält sich eine Nachforderung vor.

Hiermit erklären wir, dass

1. wir nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31.07.2014 zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung (EU) 2025/932 des Rates vom 20.05.2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der o.g. Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) durch juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) durch natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handelngehören.
2. Darüber hinaus bestätigen wir, dass die Erklärungen unter Ziff. 1. für alle Unterauftragnehmer, Lieferanten bzw. Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe von uns in Anspruch genommen werden, zutreffen, soweit mehr als 10 % des Auftragswerts auf diese entfällt.

¹ zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung (EU) 2025/932 des Rates vom 20.05.2025.

Sofern wir die Erklärung als bevollmächtigtes Mitglied einer Bietergemeinschaft abgeben, gelten die vorgenannten Erklärungen für die Bietergemeinschaft und alle Mitglieder der Bietergemeinschaft.

Ort, Datum	Name des <u>Unternehmens</u> und des <u>Unterzeichners</u> , bei Erklärungen von Unterauftragnehmern zusätzlich Unterschrift